



**DDR-Verhandlungen  
über Konsular-  
verträge und Bonner  
Störmanöver**

Die DDR führte mit einigen Staaten Verhandlungen über den Abschluß von Konsularverträgen. Solche Verträge sind zwischen souveränen Staaten üblich und beinhalten die Fragen der Tätigkeit eines Konsuls, der im Gastland Interessen des Entsendestaates, insbesondere die seiner Bürger und juristischer Personen, wahrnimmt. Das ist eine ausschließliche Angelegenheit der verhandelnden Staaten, die keinerlei Auswirkungen auf dritte Staaten hat.

Die BRD muß sich jedoch an dritte Staaten am Abschluß von Konsularverträgen mit der DDR zu hindern. Begründet wird diese völkerrechtswidrige Haltung von der BRD-Regierung mit der angeblich „einseitlichen deutschen Staatsbürgerschaft“. Die anachronistische Konstruktion im Artikel 116 des Bonner Grundgesetzes begegnet uns hier wieder einmal, wonach bei der Bestimmung des „Deutschen im Sinne des Grundgesetzes“ vom „Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937“ ausgegangen wird.

Damit werden Millionen von Bürgern der DDR, Westberlins, der VR Polen und der UdSSR als BRD-Staatsbürger in Anspruch genommen. Demzufolge sollen sie im Ausland von BRD-Konsulaten betreut werden. Der Außenminister der DDR sagte bereits in seiner Rede zum Berliner Grundlagenvortrag zwischen der DDR und der BRD vor der Volkskammer am 13. Juni 1973, daß es für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten für die BRD unumgänglich ist, von rechtswidrigen und sachlich einfach unhaltbaren Konstruktionen abzugehen.

„An der Tatsache, daß zwei souveräne, voneinander unabhängige Staaten eben auch zwei Staatsbürgerschaften haben, wird nicht die BRD auf die Dauer nicht vorbei kommen.“

Andere bürgerliche Staaten haben dies offensichtlich, wie die anstehenden Konsularverträge zeigen, schon längst erkannt. Es ist bezeichnend, daß es einflußreiche Kräfte in der BRD gibt, die immer noch die Politik des kalten Krieges in Gestalt der Alleinvertretungsmaßnahme auf dem Gebiet des Staatsbürgerschaftsrechts fortsetzen möchten.

Ein solches Bestreben kann die BRD bloß in die Isolierung führen. Das weitere Erstarken der Position der DDR wird sie aber nicht aufhalten.

Man kann nicht übersehen, daß diese Politik der BRD, die die allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts, die Charta der UNO und die Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen verletzt, den Entspannungs- und Normalisierungsprozeß nicht fördern wird. Unsere Haltung ist eindeutig und ergibt sich aus Grundprinzipien des Völkerrechts wie auch aus dem Grundlagenvortrag; keiner der beiden Staaten kann den anderen international vertreten und die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten beschränkt sich auf sein Territorium. Wir verlangen auch von der Gegenseite die strikte Einhaltung allgemeinverbindlicher wie vertraglicher Verpflichtungen.

Hans-Joachim Heintze,  
Institut für internationale Studien

# Gesellschaftlicher Fortschritt mißt sich auch exakt an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts

Gedanken zum Internationalen Jahr der Frau, notiert von Dr. sc. Eisenblätter

Die XXVII. Vollversammlung der UNO proklamierte im Dezember 1972 auf Vorschlag der IDFF das Jahr 1975 zum Jahr der Frau. Sie stützte sich dabei auf die UNO-Deklaration von 1967 über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau sowie auf eine Resolution von 1970 über die internationale Entwicklungsstrategie für die zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, die u. a. die Förderung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gleichberechtigung für alle Mitglieder der Gesellschaft und die vollständige Integration der Frauen in das weltweite Bemühen um soziale Entwicklung und Frieden beinhaltet. Dies zeigt die wachsende Bedeutung der Frauenfrage im internationalen Maßstab als Bestandteil des Kampfes um gesellschaftlichen Fortschritt. Es waren vor allem die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, die diese progressive Orientierung der Weltorganisation beeinflussten und ermöglichten. Im Internationalen Jahr der Frau feiern wir ein weltweites Jubiläum, die 30. Wiederkehr des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee. Durch den Sieg der menschlichen Ordnung über die Tyrannei, den Sieg des Marxismus-Leninismus über Nazismus, Rassenwahn und Antisowjetismus wurde das Tor geöffnet für den steilen Weg in eine humanistische Gesellschaft, die sozialistische. Dieser Weg führte zur wirklichen Emanzipation der Frau in unserer Gesellschaft. Wir können mit Stolz eine gute Bilanz dieses Weges ziehen. In der DDR vollzog und vollzieht sich unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei kraftvoll „die rasche, wirkliche, wahrhaftige Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.“<sup>1)</sup> Dabei ging die Partei in ihrer Frauenpolitik schöpferisch von den Erkenntnissen der Klassiker aus, — daß „in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist“<sup>2)</sup>, — daß „eine wirkliche Gleichberechtigung von Frau und Mann... erst dann eine Wahrheit werden kann, wenn die Ausbeutung beider durch das Kapital beseitigt ist“<sup>3)</sup>, — daß „ohne die Frauen... zum politischen Leben heranzuziehen, ohne heranzuziehen, keine wirkliche Freiheit gewährleistet... nicht einmal die Demokratie von Sozialismus ganz zu schweigen, aufgebaut werden“ kann<sup>4)</sup>. Eingedenk dieser Hinweise Lenins, daß es „keine sozialistische Umwälzung geben“ kann, „ohne daß ein großer Teil der werktätigen Frauen daran bedeutenden Anteil nimmt“, daß sich bei der Verwirklichung des Sozialismus „für eine Frau ein großes Betätigungsfeld eröffnet, wurden durch Partei- und Staatsführung gestützt auf die Arbeiterklasse und die anderen



werktätigen Massen, von Anfang an die Bedingungen und Möglichkeiten für die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß geschaffen. Wenn heute in der DDR Millionen Frauen und Mädchen aktiv an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft teilnehmen, ihre sozialistischen sozialen Beziehungen entwickeln, so zeigt sich darin der „gesellschaftliche Fortschritt“ der, wie Karl Marx nachwies, sich exakt messen läßt „an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts“<sup>5)</sup>. Dabei wissen wir, daß die entwickelte sozialistische Gesellschaft vor allem Lenins Forderung von der „Teilnahme der

Frau an der allgemeinen produktiven Arbeit“ in hohem Maße realisiert. In der DDR — die zu den Ländern mit dem größten Anteil berufstätiger Frauen zählt — beträgt ihr Anteil 49,1 Prozent aller Beschäftigten. Von der im arbeitsfähigen Alter stehenden Gesamtheit der Frauen sind 84,5 Prozent berufstätig oder erlernen einen Beruf. Die Mehrheit der berufstätigen Frauen (83,9 Prozent) ist der Arbeiterklasse angehörig und somit in den allgemeinen, politisch-ideologischen und geistig-kulturellen Höherentwicklungsprozeß der Klasse eingeschlossen, beeinflusst diesen wesentlich und wird von ihm geformt. Die Frauen stellen eine entscheidende ökonomische Potenz im

gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß dar. In einigen Bereichen sind sie die ökonomische Hauptkraft und bestimmen entscheidend die wissenschaftlich-technische Entwicklung und die Intensivierung der Produktion. Dabei entwickelt sich mit der Gestaltung sozialistischer Beziehungen im Arbeitskollektiv die sozialistische Frauenpersönlichkeit, prägen sich immer stärker sozialistische Denk- und Verhaltensweisen aus. Im Gegensatz zum staatsmonopolistischen System, in welchem die Frauen der doppelten Ausbeutung und Diskriminierung ausgesetzt sind, begreifen sich unsere Frauen immer mehr als schöpferisches Subjekt bei der Beherrschung der Produktion und der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens. Es gibt hierzu keine Lebensbereiche, kein Gebiet, in welchem die Frauen nicht hervorragende Leistungen vollbringen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist das ständig steigende geistig-kulturelle Niveau. Das Bildungssystem unseres Staates schuf den Frauen und Mädchen die Möglichkeit für eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung. Fast 90 Prozent aller Mädchen besuchen die 10-klassige allgemeinbildende Oberschule und 99 Prozent aller weiblichen Schulabgänger erlernen einen Beruf. Gegenwärtig sind 44 Prozent aller Studentinnen der Hochschulen und Universitäten und 53 Prozent der Fachschulen Frauen. Die Karl-Marx-Universität hat umfangreiche Aufgaben bei der Aus- und Weiterbildung weiblicher Kader erfüllt, größere sind noch zu leisten. In den Sektionen, im Bereich Medizin, in der Verwaltung und im Versorgungsbereich ist die Erfüllung der höheren Aufgaben ohne unsere Frauen nicht denkbar. Dem Lehrkörper gehören fast 900 weibliche Mitarbeiter an. Erfolgreich sind 10 Professorinnen und 40 Dozentinnen in Lehre und Forschung tätig. Der Anteil der Studentinnen übersteigt in verschiedenen Disziplinen den der männlichen Studenten bei weitem. Zahlen können viel aussagen, jedoch wichtiger noch erscheint die qualitative Seite des Entwicklungsprozesses. So wenden sich z. B. selbstbewußt immer mehr Mädchen dem Studium als Lehrer für Marxismus-Leninismus zu, um später im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium im Auftrage der Partei der Arbeiterklasse an der Klassenmäßigen Erziehung und Bildung der studentischen Jugend teilzunehmen. Wie bewußt und zielklar das Studium begründet wird, zeigen die folgenden Beispiele: Martina aus Zschopau schreibt: „Ich denke mir, daß ein intensives Studium des Marxismus-Leninismus notwendig ist, um noch besser die gesellschaftliche Entwicklung zu begreifen. Überall in der Welt wird der Einfluß des So-

zialismus deutlich und der damit ideologische Klassenkampf verlangt klare Köpfe.“ Und Birgit aus Bernau erklärt: „Ich entschied mich für den Beruf eines Diplomlehrers für Wissenschaftlichen Kommunismus, weil es in unserer Zeit notwendig ist, jedem Menschen den Marxismus-Leninismus nahezubringen und ihn von der wissenschaftlichen Lehre zu überzeugen... der Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verlangt dabei ein immer höheres Niveau.“ Solches macht deutlich, wie der Anspruch der Frauen und Mädchen gewachsen ist, ein Anspruch, der die Erwartung auf eine hocheffektive interessante fachliche und politisch-ideologische Ausbildung einschließt. Hieraus ergibt sich für alle Lehrenden die Aufgabe, im Sinne des 13. Plenums der Partei „in jeder Beziehung... eine feste klassenmäßige Erziehung und gründliche wissenschaftliche Bildung der künftigen Spezialisten zu sichern“, wobei die „politische und fachliche Qualifikation des Lehrkörpers selbst... wesentlich über das Niveau der Erziehung und Ausbildung“ entscheidet.<sup>6)</sup> Jetzt kommt es darauf an, in allen Bereichen die Möglichkeiten zu erweitern und zu nutzen, um den Frauen und Mädchen solche Bedingungen zu schaffen, die es ihnen immer besser gestatten, von ihren Rechten auch in vollem Umfang Gebrauch machen zu können. Alle Leistungen sollten deshalb überprüfen, wie die konkrete Situation in ihrem Verantwortungsbereich ist und weitere entsprechende Maßnahmen durchführen. Optimistisch, der historischen Überlegenheit des Sozialismus bewußt, begeben wir uns ins Internationale Jahr der Frau. Die DDR wird den Delegierten des Weltkongresses im Oktober 1975 in der Hauptstadt der DDR ein guter Gastgeber sein und der Welt demonstrieren, daß nur der Sozialismus in der Lage ist, den Frauen ein wahrhaft menschenwürdiges, gleichberechtigtes Leben zu garantieren. Auch wir, die Angehörigen der Karl-Marx-Universität, erwarten die Gäste aus aller Welt mit weiteren Erfolgen bei der Verwirklichung der marxistisch-leninistischen Frauenpolitik unserer Partei und unseres sozialistischen Staates.

- Quellen:**  
1) W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 496  
2) K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 19, S. 196  
3) Dieselben Werke, Bd. 38, S. 341  
4) W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 343  
5) Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED, Berichterstatter: Erich Honnecker, Dietz Verlag, Berlin 1974, S. 56  
6) Reinhard Müller fotografierte Regina Liebsch, Studentin der Sektion Journalistik, 4. Studienjahr.

